

weil die Alliierten um die Sicherheiten für die Reparationen fürchteten, und daraufhin um ein einjähriges Moratorium nachsuchte, das von Frankreich abgelehnt wurde, war Lloyd George entschlossen, das Reparationsproblem auf einer internationalen Wirtschaftskonferenz erneut prüfen zu lassen. Auf der zwischen Lloyd George und Briand vereinbarten Vorkonferenz in Cannes Anfang 1922 zeigte sich jedoch, daß jede Kompromißbereitschaft in der öffentlichen Meinung Frankreichs keinen Rückhalt fand. Ministerpräsident Briand, der sich für die große Sachverständigenkonferenz einsetzte, wurde von Staatspräsident Millerand zum Rücktritt gezwungen und durch den kompromißlosen Poincaré ersetzt. Auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genua versuchte Großbritannien abseits der Reparationsverhandlungen anlässlich seiner anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit der Sowjetunion als langfristigem Absatzmarkt in Kontakt zu kommen, worauf Rathenau den Plänen Lloyd Georges mit dem Rapallo-Vertrag jedoch zuvorkam, da die Sowjetunion im Augenblick ökonomisch und vor allem militärpolitisch der einzig zuverlässige Partner war. Die Isolierung des Deutschen Reiches im Westen war damit allerdings perfekt, die Versuche einer Lösung der Reparationsfrage im weltwirtschaftlichen Zusammenhang gescheitert.

Umfassend zeigt Felix die wirtschaftlichen Implikationen des Reparationsproblems, die Bedeutung der öffentlichen Meinung für den Entscheidungsspielraum der Regierungen in Deutschland, Frankreich und England und vor allem das Desinteresse der Vereinigten Staaten in der Phase vor Verabschiedung des Dawes-Plans an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Europa. (Ein Verdienst der Arbeit ist, daß sie nicht, wie man aufgrund des Titels vermuten könnte, personalistisch Rathenau in den Vordergrund rückt; biographische Hinweise zu seiner Person beschränken sich auf ein geringes Maß). Häufig werden allerdings längst bekannte Allgemeinheiten ausgebreitet, bei denen der Zusammenhang zum Kontext nicht unmittelbar erkennbar ist (z. B. Wahlergebnisse in Deutschland nach 1918). In der Analyse der ökonomischen Zusammenhänge für die Reparationsmöglichkeiten wirken die allzu glatten, mechanistischen Erklärungen häufig nicht ganz überzeugend oder müssen gar bezweifelt werden, wie zum Beispiel die Ableitung der fortschreitenden Inflation in Deutschland aus den Reparationsforderungen der Alliierten. Das entsprach genau der Propaganda konservativer Kräfte in Deutschland nach 1918. Eine genauere Betrachtung etwa der Reichsbankpolitik hätte sicher Anhaltspunkte geliefert, daß die ungelösten Transferprobleme nicht ausschlaggebend für die Geldentwertung waren. Ebenso hätten die Interessenverbände mehr beachtet werden müssen, die, wie die Verhandlungen Rathenaus mit Stinnes zeigen, durchaus in der Lage gewesen wären, die Reichsregierungen finanziell zu unterstützen, dafür aber unannehmbare Forderungen stellten (vgl. z. B. die Forderung der Industrie nach Privatisierung der Reichsbahn). Und ziemlich fragwürdig erscheint es, die Weltwirtschaftskrise letztlich als »one of the greatest consequences of the peace« zu erklären, bleiben dadurch doch konkretere Aspekte der überkapitalisierten Wirtschaft in der Weimarer Republik, für die die Grundlagen gerade in dem von Felix behandelten Inflationszeitraum gelegt wurden, im Dunkeln.

Claus-Dieter Krohn

The Great Depression Revisited. Essays on the Economics of the Thirties, ed. by Herman van der Wee, Verlag Martinus Nijhoff, The Hague 1972, X, 290 S., kart., 43,50 fl.

Absicht des Herausgebers ist, 40 Jahre nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ihre Ursachen und vor allem ihre Lehren aus zeitlicher Distanz erneut zu vergegenwärtigen. Zahlreiche Wissenschaftler, vor allem aus den Niederlanden, den Vereinigten Staaten und aus der Bundesrepublik, versuchen in verschiedenen Beiträgen einen Überblick über die ökonomischen Voraussetzungen der Krise nach 1929 und ihre politischen und sozio-

logischen Auswirkungen zu geben. Neue Informationen werden dabei zwar nicht geboten, immerhin bringen die auf wesentliche Akzentuierung hingeeordneten Tatsachen und die Beschränkung auf generelle Problemstellungen (Besonderheiten der Krise in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, Erscheinungsformen der Krise in verschiedenen Ländern etc.) eine gewinnbringende Lektüre vor allem für denjenigen Leser, der sich schnell über wesentliche Grundmerkmale zu informieren wünscht. Ohne gleichwertig auf die Einzelheiten der zahlreichen Beiträge eingehen zu können, sollen hier nur einige generelle Charakteristika hervorgehoben werden. Allgemeiner Tenor der Berichte ist, daß sich Wirtschaftsliberalismus, Kapitalismus und freies Unternehmertum in den Zwanziger Jahren diskreditiert hatten (*A. Coppé*, S. 13). Der rasanten Produktivitätszunahme in allen Industrieländern in den Zwanziger Jahren hinkten die Einkommen der Konsumenten weit hinterher, und allmählich pendelten sich scheinbare Gleichgewichtstendenzen mit steigender Arbeitslosigkeit ein. Zum »great crash« kam es, als die Disproportionalität von Produktion bei hoher Arbeitslosigkeit und Spekulation im Sommer 1929 einen Höhepunkt erreicht hatte. Euphorisch wird von den Wirtschaftshistorikern Keynes gefeiert, dem das Verdienst zukomme, diese Strukturmerkmale als erster umfassend erkannt zu haben. Ausgehend von der »Keynesianischen Revolution« gibt *Mark Eyskens* einen informativen Abriß der Geschichte der neueren ökonomischen Theorie bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu den Post- und Neokeynesianischen Schulen um Samuelson, Harrod und Kaldor sowie den wieder zum Leben erwachten Neoliberalen, vor allem den deutschen Ordo-Liberalen der Freiburger Schule um Eucken, Röpke etc.

*Karl Erich Born* schildert die unterschiedlichen Maßnahmen der Regierungen in den Industrieländern gegen die Krise. Bis Ende 1931 reagierte man noch mit dem traditionellen Instrumentarium – Steuersenkungen und Zollerhöhungen –, was die Krise nur noch verschärfen konnte, bis England und Japan, ab 1932/33 auch Deutschland und die USA zu einer aktiven antizyklischen Staatsintervention übergingen. Kennzeichnend wurde die Rückkehr zu herkömmlichem wirtschaftlichen Nationalismus, der das seit 1918 ohnehin gestörte Gleichgewicht auf dem Weltmarkt noch weiter zerstörte. Die Industrienationen betonten zwar 1933 auf der Weltwirtschaftskonferenz in London die Notwendigkeit umfassender Kooperation, zur gleichen Zeit steuerten das faschistische Deutschland und die Vereinigten Staaten jedoch einen genau entgegengesetzten Kurs zur Autarkie. Ob man – wie Born – die staatsinterventionistischen Ansätze bereits als Staatssozialismus, bestimmt durch ein Höchstmaß staatlicher Kontrolle, kennzeichnen kann, bleibt nicht nur fraglich. Diese Argumentation dokumentiert eher ideologische Vorfixierungen und fällt zudem hinter neueste Forschungsergebnisse zurück. Überhaupt fehlt bei Born wie auch bei allen anderen Referenten eine kritische Einschätzung des Keynesianismus als subsidiäre antizyklische Politik, die nur das Volumen, jedoch kaum die Entscheidung über die Produktion staatlicher Globalplanung unterwerfen kann.

Bei den Detailstudien über die verschiedenen Wirtschaftsbereiche in der Krise, z. B. über die Landwirtschaft unter dem zunehmenden Konkurrenzdruck der überseeischen Länder, über die Industrie in Westeuropa und den Vereinigten Staaten, vermißt man jedoch eine zureichende Analyse der Bankenpolitik, der nationalen und internationalen Bedingungen des Geld- und Kapitalverkehrs. Auch die verdienstvollen Versuche, die ökonomischen Effekte außerhalb Westeuropas und der USA, so in Japan, dem britischen Empire und Südosteuropa, zu untersuchen, lassen einige Fragen offen. Unter anderem hätte man erwartet, wie die Sowjetwirtschaft als mögliche Alternative zum diskreditierten Kapitalismus der Zwanziger Jahre von der Krise betroffen und von westlichen Ökonomen beurteilt wurde. Stattdessen bietet der Reader nur einen Exkurs über Eugen Vargas Krisentheorie.

Die sozialen Auswirkungen der Krise sowie die massenpsychologischen Effekte der tota-

litären Systeme werden – entgegen der Absicht des Herausgebers – nur für Deutschland, Japan und Italien am Rande erwähnt; im übrigen wird deren Kenntnis vorausgesetzt. Ebenso wird die Rolle der Gewerkschaften nur für England (*J. Dhondt*) und Deutschland untersucht, wobei *R. Wagenführ* und *W. Voss* zur deutschen Situation lediglich die Entstehungsgeschichte des WTB-Planes referieren.

Claus-Dieter Krohn

Gerhard Ziemer, *Inflation und Deflation zerstören die Demokratie. Lehren aus dem Schicksal der Weimarer Republik*, Seewald Verlag, Stuttgart 1971, 256 S., Ln., 22 DM.

Ein Mann der Praxis – Gerhard Ziemer war Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und nach dem 2. Weltkrieg geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank – unternimmt mit der vorliegenden Darstellung den Versuch, währungspolitische »Lehren aus dem Schicksal der Weimarer Republik« zu ziehen. Auf der Grundlage der inzwischen wohl allgemein anerkannten These vom Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und politischem (Wahl-)Verhalten der Betroffenen (S. 62) schlägt Ziemer in seiner Untersuchung den Bogen von der Inflationszeit zur Weltwirtschaftskrise. Deutlich führt er dem Leser vor Augen, daß von den 14 Jahren, die die Weimarer Republik bestand, allein 9 Jahre durch Währungskrisen belastet waren; damit korrigiert Ziemer zu Recht die Ansichten auch mancher Historiker, die die Inflationszeit nur auf die Jahre ihres Höhepunkts beschränken, ohne den bereits seit Kriegsende beschleunigten Prozeß der Geldentwertung zu berücksichtigen. Insbesondere die Tatsache, daß auch nach Beendigung der Inflation eine (selbst-)kritische Aufarbeitung der Politik von Reichsregierung wie Reichsbank ausgeblieben ist, wird von Ziemer als eine wesentliche Ursache für das Versagen der Politiker in der Weltwirtschaftskrise hervorgehoben (S. 64, 224). Nicht zu Unrecht weist Ziemer darauf hin, daß gerade das Fehlen eines währungspolitischen Lernprozesses, den die Inflation hätte einleiten können und müssen, dazu beitrug, in der Weltwirtschaftskrise eine erfolgversprechende Politik der Krisenbekämpfung zu blockieren.

Die weitestgehende Hilflosigkeit von Regierungen wie Parteien gegenüber der Weltwirtschaftskrise wird von Ziemer scharf kritisiert. Ohne Zweifel trifft die Ansicht Ziemers zu, daß den mangelnden währungspolitischen Kenntnissen und der fehlenden Bereitschaft, von den konjunkturpolitischen »Reformern« zu lernen, das Festhalten an einer die Krise verschärfenden Deflationspolitik entsprach; zuzustimmen ist Ziemer ebenfalls, wenn er die These vom Primat der Außenpolitik, d. h. der Reparationsfrage, die zur Rechtfertigung vor allem der Politik Brünnings dienen soll, als wirtschaftlich wie sozial unverantwortlich und damit als eine Voraussetzung des nationalsozialistischen Wahlerfolgs kennzeichnet. So richtig jedoch Ziemers Darstellung der verfehlten Regierungspolitik ist, so wenig kann die allein auf die Frage des Nicht-Wissens, aber Besser-Wissen-Könnens abhebende Begründung für dieses Versagen befriedigen. Denn auch wenn Ziemer auf die insbesondere für die Arbeitslosen aus der Krise erwachsenden menschlichen Probleme betont hinweist (S. 167 ff.), so macht er doch kaum die hinter einer Politik des »sozialen Abbaus« stehenden Interessen deutlich. Zwar ist es richtig, daß die Reformer zumeist unorganisiert auftraten (S. 142, 149), doch andererseits hätte sich gerade unter Berücksichtigung der Arbeitsbeschaffungsinitiative des ADGB, die Ziemer durch eine weitgehende Identifizierung der SPD mit den freien Gewerkschaften übergeht (S. 152 f.), die Frage nach der interessenspezifischen Beurteilung einer ansatzweise antizyklischen Konjunkturpolitik stellen müssen. Entsprechend der Vernachlässigung der sozialen und wirtschaftlichen Interessengegensätze, deren Verhärtung die Endphase der Weimarer Republik prägte, konzentriert sich die Kritik Ziemers vorwiegend auf die Haltung der da-